

Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine

Minsk II umsetzen – Wiederaufbau einleiten – Perspektiven für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen

Der Krieg im Osten der Ukraine hat seit 2014 über 13.000 Menschen das Leben gekostet. Hunderttausende wurden verwundet. Millionen verloren ihre Arbeit und ihr Eigentum und wurden aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben. Das Schicksal der Menschen in der Ostukraine ist nicht allein eine nationale Tragödie, es ist eine europäische Tragödie: Der Riss geht durch Familien, Dörfer und Städte, er geht durch das Land und sogar durch unseren ganzen Kontinent.

Vor allem die Ukraine und ihre Menschen zahlen täglich einen hohen Preis für diese Spaltung, aber alle Länder unseres Kontinents – egal ob sie Mitglieder der EU oder der Eurasischen Wirtschaftsunion sind, oder geographisch zwischen diesen Wirtschaftsräumen liegen – tragen die Lasten dieses Konfliktes.

Der Krieg verursacht nicht nur menschliches Leid, er verschlingt auch enorme Ressourcen. Während des Krieges wurden Fabriken zerstört, internationale Geschäftsverbindungen unterbrochen, das wirtschaftliche Leben und damit die Perspektiven von Millionen von Menschen schwer geschädigt. Gegenseitige Wirtschaftssanktionen beeinträchtigen darüber hinaus die Konjunktur in der Ukraine, in Russland und in allen übrigen beteiligten Staaten.

Nach über fünf Jahren Krieg, in denen Milliarden für die Zerstörung von Werten und Perspektiven ausgegeben wurden, ist es höchste Zeit, diesen Konflikt zu beenden und in die Zukunft der Menschen in der Ostukraine und damit auch in die Zukunft unseres Kontinents zu investieren. Wir schlagen deshalb die Ausarbeitung eines europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts für die Ostukraine vor. An diesem Pakt sollten sich neben der Ukraine, Russland und den Ländern der EU möglichst viele weitere Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beteiligen.

Die Implementierung der Maßnahmen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt können beginnen, wenn die Voraussetzungen für eine sachgemäße und effektive Anwendung geschaffen worden sind. Dazu müssen in der Ostukraine die Waffen dauerhaft schweigen, freie Wahlen durchgeführt und die Regelungen des Minsk-Abkommens rechtlich verankert sein und umgesetzt werden.

Kernbestandteile des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind:

1. Internationale Geberkonferenz

Der Wiederaufbau in der Ostukraine ist eine internationale Aufgabe. Um die sich jetzt bietende Chance für einen dauerhaften Frieden und Versöhnung zu nutzen, sollte 2020 eine internationale Geberkonferenz organisiert werden, auf der Geld für den Wiederaufbau der Ostukraine eingeworben wird. Die OSZE, und hier insbesondere die im Rahmen des Normandie-Formats vermittelnden Länder Frankreich und Deutschland, könnte dabei die Federführung übernehmen.

Wir gehen von einem ersten, akuten Finanzbedarf von mindestens drei Milliarden Euro aus. Diese Gelder sollen ausschließlich in den vom Krieg direkt betroffenen Kommunen und zu gleichen Teilen auf beiden Seiten der derzeitigen Kontaktlinie eingesetzt werden.

2. Wiederaufbaufonds für die Ostukraine

Zur sinnvollen Verwaltung der bei der Geberkonferenz eingeworbenen Mittel sollte ein Wiederaufbaufonds bei der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) oder einer vergleichbar anerkannten internationalen Institution eingerichtet werden. Ein Teil der Fondsgelder soll dazu dienen, Wiederaufbauprojekte in allen vom Krieg betroffenen Gebieten in der Ostukraine direkt zu finanzieren und insbesondere die zerstörte Infrastruktur zwischen den getrennten Landesteilen wiederherzustellen, um damit schrittweise die Voraussetzung für die Rückkehr privater Investoren zu schaffen. Die großen Anstrengungen, die der ukrainische Staat selbst bereits unternimmt, sollen damit unterstützt werden. Dazu ist eine enge Abstimmung notwendig.

3. Kreditangebote für Investoren und Handel

Investitionen im und Lieferungen in den Osten der Ukraine werden noch auf Jahre einem erhöhten Ausfallrisiko unterliegen. Um dennoch private Investoren zu mobilisieren und den Handel zu fördern, sind besonders attraktive Finanzierungsbedingungen notwendig. Um diese zu ermöglichen, soll ein zweiter Teil der Gelder aus dem Wiederaufbaufonds in Form von Investitionskrediten zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Ein weiterer Teil schließlich soll der Risikoabsicherung von privaten Handels- und Kreditgeschäften dienen.

4. Sonderwirtschaftszone Ostukraine

Die vom Krieg betroffenen Regionen leiden nicht nur unter einer zerstörten Infrastruktur, dort ist zudem seit vielen Jahren eine Modernisierung der auf Kohle, Stahl und Schwerindustrie konzentrierten Wirtschaft unterblieben. Der Wiederaufbau der Region ist gleichzeitig eine Chance, den dringend notwendigen Strukturwandel in Gang zu setzen. Wir regen an, die vom Krieg heimgesuchten Gebiete beiderseits der Kontaktlinie für die Zeit des Wiederaufbaus zu einer großen Sonderwirtschaftszone mit flächendeckend attraktiven Ansiedlungskonditionen für Investoren zu erklären. Dazu gehören geringe Steuern und Abgabensätze, reduzierte Landnutzungsgebühren sowie Zollprivilegien und Sonderkonditionen bei der Kreditvergabe.

5. Business Advisory Council

Zur Begleitung von Wirtschaftsreformen und Projekten schlagen wir die Gründung eines Business Advisory Councils (BAC) für die Ostukraine vor, bestehend aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden aus der Ukraine, Russland, der EU und allen interessierten OSZE-Ländern. Das BAC soll die ukrainischen Behörden im Reformprozess beraten, bei der Identifizierung von vordringlichen Projektvorhaben unterstützen, den wirtschaftlichen Reformprozess in den Kommunen der Ostukraine beratend begleiten und Anlaufstelle für private Investoren sein. Zur Koordinierung der Arbeit sollte ein festes Sekretariat in der Region eingerichtet werden.

6. Internationale Investitionskonferenz

Der Wiederaufbau der Ostukraine und dort bestehende Investitionsmöglichkeiten sollten einmal jährlich in den Mittelpunkt einer internationalen Wirtschaftskonferenz gestellt werden. Hierbei kann das Business Advisory Council Unterstützung leisten. Denkbar wäre es, diese jährliche internationale Wirtschaftskonferenz etwa im Umfeld von hochrangigen politischen Treffen im Normandie-Format durchzuführen, um einen engen Austausch der Wirtschaft mit den verantwortlichen Politikern zu gewährleisten und Forderungen der Wirtschaft an die Politik gezielt adressieren zu können.

7. Wiederherstellung der Handelsbeziehungen in der Ostukraine

Um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Ostukraine zu erreichen, muss die Region Schritt für Schritt wieder in nationale und internationale Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten einbezogen werden. Ein erster Schritt dazu ist die vollständige Normalisierung des Handels innerhalb der Region und zwischen den Gebieten beiderseits der Kontaktlinie. Notwendig ist darüber hinaus aber auch die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen der Ukraine, Russland, der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

8. Wirtschaftstrialog zwischen EU, Ukraine und Russland

Um bestehende Konflikte zu überwinden und die Wirtschaftsbeziehungen dauerhaft zu verbessern, schlagen wir einen regelmäßigen Wirtschaftstrialog der verantwortlichen Politiker und Experten aus der Ukraine, Russland und der EU unter Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden vor. Ausgangspunkt dafür können die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über einen neuen Gastransitvertrag zwischen der Ukraine und Russland unter Vermittlung der EU sein. Diese Gespräche sollten verstetigt und um alle bestehenden, strittigen Wirtschaftsthemen erweitert werden. Ziel dieses Trialogs ist es, nachhaltige Energiebeziehungen zu entwickeln, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse einschließlich der gegenseitigen Sanktionen abzubauen und die Perspektive auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu öffnen. Langfristig ist es dazu notwendig, dass sich die EU, die Eurasische Wirtschaftsunion und die Länder, die geographisch zwischen diesen Wirtschaftsräumen liegen, über den Abbau von Zoll- und Visaschranken und die Angleichung von Normen, Standards und Zertifizierungsregeln verständigen.

Die in den vergangenen Monaten erzielten, ersten Fortschritte in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland haben Hoffnungen erzeugt, die jetzt nicht enttäuscht werden dürfen. Wir appellieren daher an die verantwortlichen Politiker, sich Ihrer Verantwortung bewusst zu werden und nun alles dafür zu tun, dass der in Minsk vereinbarte Friedensprozess rasch zum Erfolg geführt wird.

Der längste Krieg in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges muss beendet werden. Dann kann der Wiederaufbau als gemeinsames europäisches Versöhnungsprojekt beginnen. Auch wenn es noch Jahrzehnte dauern wird, bis der Riss, der gegenwärtig durch Europa geht, geheilt sein wird, ist jetzt die Zeit gekommen, neue Brücken zu bauen, über die wir wieder zueinander finden können!

Oliver Hermes
Vorsitzender
Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft